



September 2007

Nº. 8

## DIE WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT APEC

**Australien ist in zahlreichen internationalen Organisationen vertreten. Dazu gehören neben den Vereinten Nationen und dem Commonwealth u.a. die OECD, die WTO, die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIS) und die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation (APEC).**

Die Asiatisch-Pazifische Wirtschaftskooperation APEC ist ein 1989 gegründeter loser Verbund von Ländern rund um den Pazifischen Ozean. Vorrangiges Ziel ist der Abbau von Handelschranken in der Region. Langfristig streben die 21 beteiligten Staaten eine Freihandelszone an. Das Sekretariat der APEC sitzt in Singapur.

Das erste Gipfeltreffen fand im Jahr 1993 auf der Insel Blake Island vor Seattle in den USA statt. Seitdem treffen sich die Mitglieder jährlich, darunter die ostasiatischen Industrie-Riesen Südkorea und Japan sowie die Großmächte USA, Russland und China. Zum Kreis der APEC-Länder gehören auch lateinamerikanische Pazifik-Anrainer wie Peru, Mexiko oder Chile sowie die asiatischen Inselreiche Indonesien und Philippinen.

Seit den Terroranschlägen in den USA im September 2001 stehen neben Zoll- und Wirtschaftsfragen auch politische Themen auf der Tagesordnung. Beim Gipfel im vergangenen Jahr im südkoreanischen Busan ging es vor allem um Terrorismus und Abwehrmaßnahmen gegen die Vogelgrippe.

Das Potenzial der APEC-Region ist enorm: Die beteiligten Länder vertreten etwa 40 Prozent der Weltbevölkerung, erwirtschaften mehr als die Hälfte des Welt-Sozialprodukts und wickeln knapp 50 Prozent des Welthandels ab.

Das diesjährige Gipfeltreffen der

APEC in Sydney ist mit einem "Appell" zur Beendigung der Doha-Welthandelsrunde zu Ende gegangen. Die Staats- und Regierungschefs hätten sich darauf geeinigt, alle an der Doha-Runde beteiligten Länder dazu "aufzurufen", die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen, sagte der australische Regierungschef und Gastgeber John Howard.



Zuvor hatten sich die Gipfelteilnehmer auf eine Erklärung zum Klimaschutz geeinigt. Demnach bekunden die 21 Staaten ihr "Bestreben", die Energieintensität - also den Energieverbrauch im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt - bis zum Jahr 2030 um 25 Prozent verringern. Es wurden aber keine Grenzwerte festgelegt und keine bindenden Beschlüsse gefasst. Verbindliche Ziele scheiterten unter anderem am Widerstand der USA und

Australiens. Beide Länder weigern sich, das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll zu ratifizieren. Stattdessen befürworten sie ein neues Klimaabkommen, das aufstrebende Wirtschaftsmächte wie China und Indien stärker einbeziehen soll.

© Die Tagesschau, 09.09.2007

**George W. Bush hat wieder einmal mit einem Versprecher für Erheiterung gesorgt. Der US-Präsident verwechselte in Sydney die Organisationen APEC und OPEC.**

Sydney - Bush sprach zu Beginn seiner Rede vor dem asiatisch-pazifischen Wirtschaftsforum (APEC) irrtümlich von der OPEC, der Organisation Erdöl exportierender Staaten. Bush korrigierte sich allerdings sofort und witzelte, er sei zum OPEC-Gipfel im kommenden Jahr eingeladen. Seine Berater stellten jedoch umgehend klar, das sei nur ein Spaß gewesen.

Stilblüten und grammatikalische Unfälle unterlaufen Bush häufiger. So dankte er Howard im vergangenen Jahr für den Einsatz der "österreichischen Truppen" im Irak und verwechselte dabei im Englischen "Austrian" und "Australian".

© Der Spiegel online, 07.09.2007

### In dieser Ausgabe:

- Die Wirtschaftsgemeinschaft APEC 1
- Der australische Arbeitsmarkt 2
- Hochschulmessen 3
- Study: Climate Strategy a disaster 3
- Admission as a legal Practitioner in Australia 4



### Mitgliederversammlung 2007

Unsere diesjährige Mitgliederversammlung findet am Freitag, den 30. November 2007 um 16:00 Uhr im Berliner Hotel Bristol Kempinski in der Fasanenstraße (nähe Kurfürstendamm) statt.

Der Vorstand würde sich über eine rege Teilnahme und einen interessanten Meinungsaustausch freuen. Das Programm wird noch zusammen gestellt und rechtzeitig mitgeteilt.

## DER ARBEITSMARKT IN AUSTRALIEN

Das australische Arbeitsleben ist dem in Europa vergleichbar. Es gibt sowohl Regeln zum kollektiven als auch zum individuellen Arbeitsrecht. Im Vergleich zu deutschen Verhältnissen sind die Regeln jedoch bei weitem nicht so streng und weitreichend.

Australische Arbeitnehmer sind zu mehr als 50% in ca. 300 Gewerkschaften vertreten. Tarifvertraglich gilt in fast allen Branchen eine 38-Stunden-Woche mit 4 Wochen Jahresurlaub. Außerdem bekommen Beschäftigte, die 10 bis 15 Jahre im gleichen Betrieb tätig waren, einen sogenannten "Long Service Leave", einen bezahlten Sonderurlaub von zwei bis drei Monaten.

Das Lohnniveau in Australien liegt zwar unter dem mitteleuropäischen Durchschnitt, aber die

Sozialabgaben und Lebenshaltungskosten sind dafür nicht so hoch.

Zuletzt lagen die wöchentlichen Durchschnittseinkünfte aller Branchen bei 888 Australischen Dollar (AUD) für Arbeitnehmer und bei 956 AUD für Selbständige. Dabei verdienen qualifizierte Bergbauarbeiter, Fachkräfte aus dem Finanz- und Rechtswesen, der Telecom- und IT-Branche, sowie aus dem Gas-, Wasser- und Elektrobereich am besten.

Es gibt außerdem gesetzliche Mindeststundenlöhne, die zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften in Tarifabkommen festgelegt werden.

Die Einkommensteuer (Income Tax) wird (auch bei kurzer Tätigkeit) monatlich vom Bruttogehalt

einbehalten und in ihr ist bereits der Sozialversicherungsbeitrag enthalten (genauere Infos unter Lebenshaltungskosten).

Alle australischen Bürger und Einwanderer mit einem Daueraufenthaltsvisum sind über die staatliche Krankenversicherung „Medicare“ versichert, deren Beitrag gerade mal 1,5% des Bruttolohns beträgt. Allerdings gilt dieses nicht für Einreisende mit einem Kurzzeitvisum! Die Versorgung durch Medicare deckt auch nur 85% der Arztkosten ab und Zahnarztkosten werden beispielsweise gar nicht übernommen, weshalb eine Zusatzkrankenversicherung genauso empfehlenswert ist wie eine private Altersvorsorge.

© www.karriere-innAusland.de

Erwerbslosenquote	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Australien	6,3	6,7	6,4	5,9	5,4	5,1	4,8
Deutschland	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,4	8,3
OECD total	6,2	6,4	6,9	7,1	6,9	6,6	6,0

### Important notice

#### Fairness Test for workplace agreements

The Australian Government has introduced a simple Fairness Test for workplace agreements that will guarantee that protected award conditions, such as penalty rates and public holiday pay, are not traded off without fair compensation.

Employers and employees who are currently making an agreement need to be aware of the Fairness Test, if they are considering removing or modifying any or all protected award conditions.

The Fairness Test applies to workplace agreements lodged on or after 7 May 2007 that remove or change certain protected conditions. The test will be applied where any of the employees covered by the agreement work in industries or jobs where an award usually applies. The test does not apply to employees who are covered by an Australian workplace agreement and earn \$75,000 or more per year.

An agreement will pass the Fairness Test where the Workplace Authority is satisfied that fair compensation has been provided for modifying or removing any or all protected award conditions.

### Abschluss von Arbeitsverträgen

Die australische Regierung empfiehlt den Arbeitnehmern schriftliche Arbeitsverträge abzuschließen und bietet Hilfestellung für die Vertragsverhandlungen an ([www.workplaceauthority.gov.au/employers/tips\\_for\\_negotiating\\_agreements](http://www.workplaceauthority.gov.au/employers/tips_for_negotiating_agreements)).

Weiterhin bietet die Regierung Arbeitnehmern mit einem Einkommen von bis zu 75.000 Aus\$ an, den Arbeitsvertrag auf seine Angemessenheit von Leistung und Gegenleistung prüfen zu lassen. Diese Prüfung befasst sich insbesondere damit, ob bestimmte geschützte arbeitsvertragliche Bestimmungen auch eingehalten werden.

### Mindestlohn

Es gibt in Australien einen Mindestlohn in Höhe von 13,74 Aus\$ pro Stunde. Dessen Höhe wird von einer Regierungskommission regelmäßig überprüft. Berufsstarter, behinderte Mitarbeiter und auszubildende Mitarbeiter bekommen diesen Lohn mit Abschlägen. Die Abschläge richten sich im wesentlichen danach, wie viel Prozent der Arbeitsleistung von einer erfahrenen Arbeitskraft an dieser Position der Bewerber leisten kann. Bringt also ein Mitarbeiter nur 10% der Grundeffektivität, beträgt sein Lohn auch nur 10% des Mindestlohns (Grundlage: The Australian Fair Pay and Conditions Standard fact sheet).

### Mutterschaft

In Australien besteht gegenwärtig noch keine gesetzliche Regelung für einen bezahlten Mutterschaftsurlaub. Dieser soll jedoch ab 2008 gesetzlich verankert werden. Während 2001 nur 23% der Unternehmen bezahlten Mutterschaftsurlaub gewährten stieg diese Zahl bis 2006 auf 46%. Hinsichtlich einer bezahlten Elterzeit belaufen sich die Zahlen auf 15% und 32%. 40% der Unternehmen gewährten sechs Wochen Mutterschaftsurlaub, 10% acht Wochen und 19% gewährten zwölf Wochen. Auf der anderen Seite nahmen im Jahr 2005 mehr als 71% der berufstätigen Mütter unbezahlten Mutterschaftsurlaub.

### Rentenversicherung

In Australien wird von den Arbeitgebern ein Mindestbetrag von 9% des Bruttoverdienstes ihrer Mitarbeiter in einen Pensionsfonds eingezahlt. Diese Zahlungen müssen mindestens quartalsweise erfolgen. Verstöße dagegen sind strafbewehrt. Es gibt zahlreiche private Pensionsfonds, die jedoch alle unter behördlicher Aufsicht der Bundesstaaten stehen. Anspruchsberechtigt sind alle Arbeitnehmer, sofern diese nicht ausnahmsweise unter besondere gesetzliche Ausschlussregeln fallen. Im Rentenfall erhält der berechnigte dann die Summe komplett ausgezahlt oder eine lebenslange Rente.



Queensland: Goomeri



## HOCHSCHULMESSEN

Warum nicht in die Ferne schweifen, wenn das Gute genau dort zu finden ist?

Immer mehr karrierebewusste junge Juristen aus aller Welt studieren an Australiens und Neuseelands Universitäten, da diese höchsten internationalen Ansprüchen an Forschung und Lehre gerecht werden. Bachelor- oder Masterabschlüsse Down Under erworben, eröffnen beste Berufschancen über alle Landes-



grenzen hinweg. Und noch lange schwärmen Absolventen von ihrer Studienzzeit, die sie in landschaftlich und klimatisch wunderbaren Gegenden mit einer weltoffenen und multikulturellen Bevölkerung verbracht haben.

Auf den Australisch-Neuseeländischen Hochschulfestivals vom 12. November bis 18. November in München, Mannheim, Köln, Hamburg und

Berlin können sich Studierende, Referendare oder Volljuristen jeweils einen Tag lang umfassend über alle Studienmöglichkeiten am anderen Ende der Welt informieren. Media Law in Sydney, Corporate Law in Auckland und Human Right Law in Melbourne sind nur einige der Programme, die für Juristen angeboten werden.

Mitarbeiter von über dreißig Universitäten werden mit Ständen und Vorträgen vertreten sein, um über Studiengänge und Abschlussmöglichkeiten sowie zu Bewerbungsformalitäten, Visa, Finanzierungsfragen, Arbeitsmöglichkeiten und Karrierechancen zu informieren.

Veranstalter der Bildungstournee ist das Institut Ranke-Heinemann, die zentrale Einrichtung und das Studentensekretariat aller australischen und neuseeländischen Hochschulen in Deutschland. Der Eintritt ist kostenlos.

Ausführliche Informationen zum Programmablauf und die Möglichkeit zur unverbindlichen Anmeldung sind unter [www.ranke-heinemann/australien/messe.php](http://www.ranke-heinemann/australien/messe.php) zu finden.

Die Termine der Messen zusammengefasst:

**12. November 2007, 10:00-16:00 Uhr München**  
Ludwig-Maximilians-Universität München  
Geschwister-Scholl-Platz 1  
Hauptgebäude, 1. Stock  
Speerträgersaal + Senatssaal

**13. November 2007, 10:00-15:00 Uhr Mannheim**  
Universität Mannheim  
Hauptgebäude  
Aula

**14. November 2007, 10:00-16:00 Uhr Köln**  
Universität zu Köln  
Hauptgebäude, Albertus-Magnus-Platz

**15. November 2007, 10:00-15:00 Uhr Hamburg**  
Berufsinformationszentrum - BIZ Hamburg  
Kurt-Schumacher-Allee 16

**16.-18. November 2007, 10:00-18:00 Uhr Expolingua Berlin**  
Russisches Haus der Wissenschaft und Kultur  
Friedrichstr. 176-179



News South Wales: Batemans Bay

## STUDY: CLIMATE STRATEGY A DISASTER

THE Howard Government's strategy to deal with climate change - including support for "aspirational" goals rather than binding targets - could lead to catastrophic consequences in Australia, a study has found. These include a threefold increase in heat-related deaths, the collapse of crop yields and a serious decline in river flows.

The scientific report, commissioned by the conservation group WWF, will be released today, as the Minister for Foreign Affairs, Alexander Downer, and the Environment Minister, Malcolm Turnbull, join ministers from the main polluting economies in Washington to discuss climate change negotiations.

The head of WWF, Greg Bourne, criticised the Government yesterday over its support for "aspirational" goals to

reduce emissions. "The Australian Government continues to tinker while Rome burns," Mr Bourne said. "This report proves that it is contrary to the national interest for the Australian Government to negotiate any deal which is not intended to cut global emissions in half."

The report, *Dangerous Aspirations: Beyond 3degreesC Warming in Australia*, was written by Barrie Pittock, the former head of the CSIRO's Climate Impacts Group. Dr Pittock analysed a report by the Australian Bureau of Agricultural and Resource Economics, released during APEC, that found that even with new technologies, greenhouse emissions were still projected to rise 60 per cent above 1990 levels by 2050 if deep cuts are not made.

Mr Downer told the Washington meeting last night, that the APEC Sydney Declaration "shows that collective progress is possible" over climate change.

Australia backs the US President, George Bush, in pressing for a long-term "aspirational" goal to cut greenhouse gases that brings in developing nations, especially China and India.

Mr Downer told the meeting Australia would set its own long-term goal to cut emissions next year. He said Australia was aware that climate change could threaten ecosystems such as the Great Barrier Reef and agriculture, and Australia had a responsibility to reduce its emissions. While Mr Downer did not explicitly support binding targets for developed countries, he said all major economies should support actions to mitigate climate change.

© The Sydney Morning Herald  
28. Sept. 2007



Malcolm Turnbull

Australian-German  
Law Association  
Sydney

Deutsch-Australische  
Juristenvereinigung  
Berlin

Uwe Barz  
12205 Berlin Drakestr. 4c  
fon: 0049 30 84373012  
fax: 0049 30 84373023  
barz@dajsjv.de

Klaus Karsten M.A.  
19079 Sukow Flakenfort 31  
fon 0049 3861 301481  
fax: 0049 3861 302202  
karsten@dajsjv.de

Dr. Friederike Frucht LL.M.  
10117 Berlin Marienstr. 25  
Fon 0179 7890325  
frucht@dajsjv.de

V.i.S.d.P. RA Uwe Barz

Unsere Internetadresse:  
[www.dajsjv.de](http://www.dajsjv.de)



Brisbane Skyline

## Admission as a Legal Practitioner in Australia

Die Griffith University in Brisbane war so freundlich, uns diesen Beitrag zur Verfügung zu stellen. Die Universität wurde 1971 gegründet und ist nach Sir Samuel Grithith (1845–1920) benannt, dem ersten Chief Justice of Australia. Von den mehr als 36.000 Studenten sind mehr als 7.000 internationaler Herkunft.

Herzlichen Dank nach Brisbane!



Griffith University Logan Campus

We are currently in a changing environment in Australia as we try to move to a national model for the admission of legal practitioners in Australia.

Until now, what has happened, is that if you wanted to work in a particular State in Australia, you had to seek admission as a legal practitioner or solicitor of barrister in that State.

If you then wanted to move to another State, you had to seek admission again in the new State.

What the new national admission model means is that if you are admitted to practise in one State then you can apply for a practising certificate in another State without having to go through the

admission process more than once.

Part of this process is the introduction of new legislation in each jurisdiction and the introduction of uniform admission requirements.

At present, the following States have signed up for the new admission requirements:

Queensland  
New South Wales  
Australian Capital Territory

It is expected that Victoria and South Australia will follow in the near future.

The requirements for admission as a legal practitioner under the new model are as follows: A person is eligible for admission to the legal profession under this Act only if the person—

- (a) is a natural person aged 18 years or more; and
- (b) has attained approved academic qualifications or corresponding academic qualifications; and
- (c) has satisfactorily completed approved practical legal training requirements or corresponding practical legal training requirements.

If you are coming from Germany to practise law in Australia, you would need to make contact with the relevant admitting authority and have both your academic qualifications and any practical experience assessed by that authority. In Queensland, the relevant body is the Legal Practitioners Admissions Board.

When deciding whether to approve academic qualifications attained in a foreign country, the Board may take into account the extent to which the qualifications satisfy the minimum criteria for academic qualifications that may be approved under rule 6.

The board may require that particular foreign academic qualifications are supplemented with other academic qualifications before approving the aggregate academic qualifications as approved academic qualifications for admission under the *Legal Profession Act 2007* as a legal practitioner.

Likewise, foreign practical experience must also be assessed by the Board.

When deciding whether to approve legal training requirements completed in a foreign country, the Board may take into account—

- (a) for all applicants — the extent to which the requirements satisfy the minimum criteria for legal training requirements that may be approved under rule 7; and
- (b) for an overseas-registered foreign lawyer — the nature and length of the lawyer's practical legal training and legal practice in the foreign country or another foreign-country or the lawyer's work for a legal practice in Australia.

The Board may require that particular foreign legal training requirements are supplemented with other legal training requirements before approving the aggregate legal training requirements as approved practical legal training requirements for admission under the *Legal Profession Act 2007* as a legal practitioner.

The other legal training requirements mentioned in subrule (3) may include legal training requirements in written and spoken English.

Most of the Law Schools in Australia can provide the additional training required in relation to meeting the academic requirements.

Should you have specific questions, these can be directed to:

Janine McMaster-Kirkwood  
Director, Legal Practice Centre  
Email:  
[j.mcmaster.kirkwood@griffith.edu.au](mailto:j.mcmaster.kirkwood@griffith.edu.au)

### Werbung auf unserer Internetseite

Wir haben eine neue Internetseite. Die Internetseite soll auch als Möglichkeit für unsere Mitglieder dienen, sich mit ihren Kanzleien und Unternehmen zu präsentieren. Über diesen Link wollen wir einen ersten Schritt für ein deutsch-australisches Juristennetzwerk machen.

In der Rubrik „Links“ können wir einen Link zur Internetseite des Mitglieds schalten, wobei wir zur besseren Orientierung einige Stichworte zu dem Link angeben wollen. Diese Stichpunkte können z.B. die Tätigkeitsschwerpunkte der Kanzlei darstellen. Auf diesem Weg soll interessierten Besuchern der Internetseite, Mitgliedern und Berufskollegen aus dem In- und Ausland ein kompetenter Ansprechpartner angeboten werden können.

Für die Schaltung dieses Links wird eine Gebühr von 50 Euro pro Jahr mit dem Mitgliedsbeitrag erhoben.

Bei Interesse schicken Sie bitte eine Mail an unseren Präsidenten: [barz@dajsjv.de](mailto:barz@dajsjv.de).